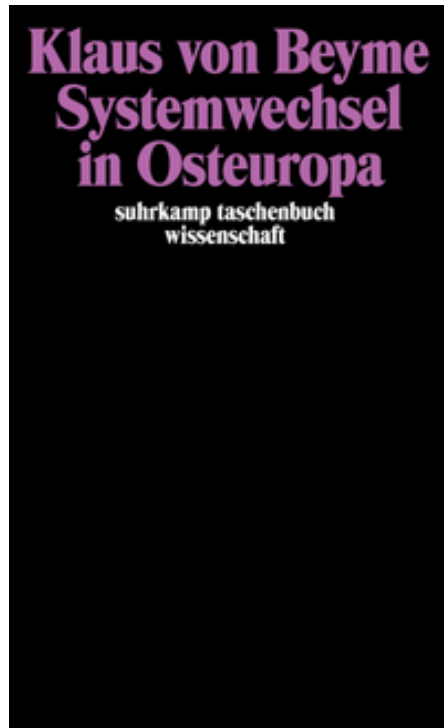


# Suhrkamp Verlag

## Leseprobe



Beyme, Klaus von  
**Systemwechsel in Osteuropa**

© Suhrkamp Verlag  
suhrkamp taschenbuch wissenschaft 1130  
978-3-518-28730-9

suhrkamp taschenbuch  
wissenschaft 1130

Klaus von Beyme untersucht den seit 1989 sich in Osteuropa vollziehenden Systemwechsel und vergleicht diesen Prozeß mit den drei früheren Wellen von Demokratisierung in Europa in diesem Jahrhundert: der ersten Demokratisierungswelle nach dem Ersten Weltkrieg, der zweiten nach dem Zweiten Weltkrieg, der dritten in den siebziger Jahren.

Der Systemwechsel von 1989 zeigt zwar einige Analogien zu den ersten drei Demokratisierungsprozessen Europas im 20. Jahrhundert (1918 ff., 1945 ff., siebziger Jahre). Aber die Differenzen überwiegen: Nie zuvor hat ein gestürztes Regime so tiefe Nachwirkungen in den neuen Systemen entwickelt. Selbst die Intelligenz, die gegen den bürokratischen Sozialismus rebellierte, war teils in ihm kompromittiert worden und teils zeigte sie in der Ideologie positive und negative Fixierungen auf den Sozialismus. Die Kontinuität der Eliten wird sich im Rückblick als größer erweisen als bei früheren Regimeänderungen. Der doppelte Systemwechsel in Politik und Wirtschaft erlaubte Teilen der alten Nomenklaturklasse das Überleben in anderen Sektoren, vor allem in der Wirtschaft. Im Verfassungssystem und in den Parteiensystemen zeigen sich Elemente der Kontinuität politischer Kräfte. Da die Sozialdemokraten kaum irgendwo Erfolg hatten, übernahmen die Reformkommunisten ihre Funktionen. Die Arbeiterschaft war die größte Gruppe der Gesellschaft, die keine adäquate Repräsentanz im Parteiensystem fand. Die zu Sozialisten gemauserten Kommunisten konnten erstmals Chancen entwickeln, zu einer freien und akzeptierten Vertretung der Arbeiterklasse zu werden, nachdem sie vierzig bzw. siebzig Jahre mit diesem Vertretungsanspruch propagandistischen Mißbrauch getrieben hatten. In einigen Ländern sind die kommunistischen Nachfolgeparteien inzwischen abgewählt worden (Albanien 1992, Bulgarien 1991). Die Analyse der Ansätze zu einer neuen politischen Kultur zeigt starke Relikte eines etatistischen und sozialistischen Denkens, wie es im alten Regime eingeübt worden war – bei verbaler Ablehnung des realen Sozialismus durch die Mehrheit der Bürger.

Der Sozialismus war trotz seiner diktatorischen Deformation keine völlig irrationale Form der Herrschaft, wie die rechten und faschistischen Diktaturen, die in früheren Systemzusammenbrüchen untergingen. Der wissenschaftliche Sozialismus in seiner marxistischen Form wird schwerlich wieder zu beleben sein. Der moralische Impetus, aus dem der politische Sozialismus entstand, wird vermutlich neue Formen hervorbringen, wenn Armut und soziale Ungerechtigkeit zunehmen.

Klaus von Beyme  
Systemwechsel in Osteuropa

Suhrkamp

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

3. Auflage 2016

Erste Auflage 1994

suhrkamp taschenbuch wissenschaft 1130

© Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1994

Suhrkamp Taschenbuch Verlag

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das der Übersetzung,  
des öffentlichen Vortrags sowie der Übertragung  
durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form  
(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)  
ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert  
oder unter Verwendung elektronischer Systeme  
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Printed in Germany

Umschlag nach Entwürfen von  
Willy Fleckhaus und Rolf Staudt

ISBN 978-3-518-28730-9

# Inhalt

Einleitung: Die Erforschung des Systemwechsels in vergleichender Perspektive . . . . .	9
1. 1989: Ein säkulares Ereignis und seine Folgen für das Selbstverständnis der Sozialwissenschaften	16
a) Vergangene Prognosen und rückwärtsgewandte Prophetien: welche Theorie hat schon immer gewußt, daß der Sozialismus dem Untergang geweiht ist? . . . . .	16
b) Der methodische Besinnungsprozeß der Osteuropaforschung . . . . .	35
c) Die Folgen des Untergangs des Sozialismus für die sozialwissenschaftliche Theoriebildung . .	39
2. Ansätze zu einer Theorie des Systemwechsels .	46
a) Die Unvergleichbarkeit der Systemwechsel von 1989 . . . . .	47
b) Der Zusammenbruch des alten Systems . . . . .	51
c) Der Sozialismus – eine Sackgasse der Evolution? .	62
d) Das Scheitern des Krisenmanagements im Sozialismus . . . . .	67
e) Die zwei Systemwechsel in Osteuropa: vom Frühkapitalismus zum Sozialismus, vom Sozialismus zur Marktwirtschaft . . . . .	70
f) Das Problem der Gleichzeitigkeit des Systemwechsels in Wirtschaft und Politik . . . . .	80
g) Die internationale Dimension des Systemwechsels . . . . .	85
h) Ansatzhöhen der Theorien zum Systemwechsel und die Übertragbarkeit der in Südeuropa getesteten Theorien auf Osteuropa . . . . .	88
i) Die Entwicklung eines neuen Systems aus dem Regimezusammenbruch . . . . .	94

3. Die letzte Ideologie der alten Intelligencija: die Zivilgesellschaft . . . . .	100
a) Die Renaissance eines Begriffs . . . . .	104
b) Das Konzept der Zivilgesellschaft als Gegenideologie gegen den maroden Sozialismus und die Komplizenschaft der osteuropäischen Intelligenz . . . . .	108
c) Die Hypothek der Antipolitik und der Wirtschaftsfremdheit in der osteuropäischen Intelligenz . . . . .	116
4. Die neue Ideologie im Machtvakuum: der Nationalismus in Osteuropa . . . . .	124
a) Die Kontinuität des Nationalismus in Osteuropa .	124
b) Die Abgrenzung der Ethnien und die Datenbasis der Nationalitätenpolitik . . . . .	130
c) Theoretische Modelle der Nationalismusforschung und ihre Übertragbarkeit auf Osteuropa . . . . .	135
d) Objektive und subjektive Indikatoren des Nationalismus in Osteuropa . . . . .	148
e) Lösungsversuche einer fairen Nationalitäten- politik . . . . .	165
5. Systemwechsel ohne Elitenaustausch? Die Kooperation alter und neuer Eliten . . . . .	175
a) Kontinuität und Wandel der Eliten . . . . .	177
b) Negative Kaderpolitik: die Säuberungen der Eliten . . . . .	185
6. Die Transformation des Sozialismus zur Marktwirtschaft . . . . .	192
a) Die Synchronisierung von wirtschaftlicher und politischer Transformation . . . . .	192
b) Ökonomische Theorien des Systemwechsels . . .	197
c) Die Neuordnung der Eigentumsverhältnisse . . .	204
d) Transformationsstrategien: Big bang oder Gradualismus? . . . . .	221

7. Institutionenbildung und Demokratisierung	229
a) Das Institutionensystem und seine Vernetzung . . .	229
b) Das Verfassungssystem . . . . .	233
c) Der Weg aus der Blockade: Institutionenbildung in der Sowjetunion und in Rußland . . . . .	238
d) Parlamentarische und präsidentiale Systeme . . . . .	254
e) Prinzipien des postsozialistischen Konstitutionalismus . . . . .	259
f) Die Verfassungsgerichtsbarkeit . . . . .	270
8. Parteien und Parteiensysteme in Osteuropa . . .	278
a) Optionen der Parteienbildung . . . . .	278
b) Soziale Konfliktlinien und Parteistrukturen . . . . .	286
c) Die »familles spirituelles« der Parteien . . . . .	297
d) Politische Fragmentierung und Konsolidierung des Parteiensystems . . . . .	313
9. Die politische Kultur Osteuropas im Wandel . . .	328
a) Politische Kulturforschung in der Phase des Sozialismus . . . . .	328
b) Meinungen der Bevölkerung zum Transformations- prozeß . . . . .	333
c) Institutionen und Akteure im Licht der Meinungsumfragen . . . . .	343
d) Perzeptionen der internationalen Lage . . . . .	347
e) Umriss einer neuen politischen Kultur . . . . .	349
10. Resümee: Systemwechsel mit unsicherem Aus- gang . . . . .	355
Literatur . . . . .	361
Verzeichnis der Matrices, Schaubilder und Tabellen . . . . .	380
Register . . . . .	382





## Einleitung: Die Erforschung des Systemwechsels in vergleichender Perspektive

Demokratie wird nicht mehr als getrocknete Spezies der Regierungsformenlehre in der geistigen Botanisiertrommel der Politologen aufbewahrt. Demokratie *ist* nicht, sondern *wird* ständig. Klassische Modelle, wie die antike Demokratie, die liberale repräsentative Demokratie oder die rousseauistische direkte Demokratie, sind zu historischen Schulbuchtypen geworden. Die heutige Realität kennt viele Mischformen. Unter den theoretischen Modellen der Gegenwart konkurrieren minimalistische Demokratietheorien, die vor allem den Rechtsstaat betonen, und radikale partizipatorische Modelle. Zwischen ihnen gibt es viele Kompromißpositionen. Die Konzeption einer Demokratie, die sich auf den Wettbewerb der Eliten beschränkt (Schumpeter 1950), oder das pluralistische Modell der Polyarchie (Dahl 1985) waren die einflußreichsten Varianten im Wettbewerb der Theorien (Held 1987: 5).

In der Zeit der partizipatorischen Revolution der 70er Jahre wurde Demokratisierung als Prozeß aufgefaßt, der von der staatlichen Ebene in alle Subsysteme hineingetragen werden mußte. Selbst Robert Dahl (1985) begann sich für die Wirtschaftsdemokratie zu interessieren, die der amerikanischen Denktradition zutiefst fremd ist. Wirtschaftsdemokratie sollte die politische Demokratie vollenden. In dieser Kontroverse standen zwei Konzeptionen gegeneinander: die eine sah *oikos* und *polis* seit der antiken Demokratie nach verschiedenen Strukturprinzipien gebaut an. Sie lehnte jede Übertragung politischer Codes auf das Wirtschaftssystem ab (Hennis 1970). Die andere Konzeption sah in der »Produktivkraft Partizipation« (F. Naschold) das übergreifende Prinzip, das die Sphären von Politik und Wirtschaft, die sich in der Neuzeit ausdifferenziert hatten, wieder stärker miteinander verklammern sollte. Die zweite Konzeption drohte in ihrem Einsatz für mehr Partizipation die Gesellschaft erneut zu entdifferenzieren. Ein Interesse, das die Sphären von Wirtschaft, Kultur und Politik umgreifen sollte, war das Ziel von mehr Partizipation auf allen Ebenen. Diese Hoffnungen erwiesen sich als unrealistisch.

Viele Bereiche außerhalb der Politik ließen sich demokratisieren. Manche ließen sich allenfalls dem Modell eines ständischen Parlamentarismus mit Gruppenmitwirkungsrechten annähern. Volle Demokratisierung aller Subsysteme der Gesellschaft erwies sich als ein Traum, der den Funktionsgesetzen von Bereichen wie Wirtschaft, Wissenschaft, Religion und Kunst nicht gerecht wurde. Die Partizipationsdebatte der 60er und 70er Jahre hatte jedoch eine Einsicht hinterlassen: Demokratie ist kein Endzustand. Nicht wenige Kritiker der partizipatorischen Revolution hielten das Konzept der Demokratisierung für sinnlos, wenn das Endziel der Entwicklung in dem sozialen Subsystem niemals volle Demokratie sein könnte. Demokratisierung wurde damit auf die Prozesse in der Politik beschränkt. Hier gab es annähernd einen Konsens über das Ausmaß der erwünschten Demokratisierung. Der Konsens stellte jedoch den kleinsten gemeinsamen Nenner dar und bezog sich nur auf eine Minimalkonzeption des repräsentativen Demokratiemodells.

Gerade diese Minimalkonzeption der repräsentativen Demokratie entfaltete im 20. Jahrhundert eine gewaltige Schubkraft. Im 19. Jahrhundert waren allenfalls die Schweiz und die USA demokratisch zu nennen. Demokratieversuche in mehreren französischen Revolutionen versandeten vor 1875 immer wieder. Erst im 20. Jahrhundert wurde die Mehrzahl der europäischen Staaten von der Demokratisierungsbewegung erfaßt. Selbst Großbritannien, fälschlich oft als »Mutter der Demokratie« apostrophiert – Mutter des parlamentarischen Systems wäre zutreffender – mußte seinem Repräsentativsystem die demokratischen Elemente des allgemeinen Wahlrechts im 20. Jahrhundert hinzufügen. Vor dem Ersten Weltkrieg hatten unter den konstitutionellen Monarchien nur Finnland (1906) und Norwegen (1913) das allgemeine Wahlrecht verwirklicht. Es bestand gelegentlich jedoch auch in halbautoritären Regimen, wie dem System Napoleon III. und dem Deutschen Kaiserreich. Die volle Demokratisierung aller anderen parlamentarischen Systeme Europas erfolgte erst um 1918. Das Frauenwahlrecht wurde vielfach noch später gewährt (England 1928). Aber nicht diese Volldemokratisierung interessiert in diesem Zusammenhang. Sie wurde durch *Systemwandel* bewirkt. Für eine vergleichende Betrachtung der Revolutionen von 1989 sind nur jene Prozesse der Demokratisierung relevant, die durch einen *Systemwechsel* bewirkt wurden.

Vier Wellen der Demokratisierung durch Systemwechsel hat Europa erlebt:

(1) In der *ersten Welle* der Demokratisierung nach dem Ersten Weltkrieg war der Systemwechsel nicht selten mit dem Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur Republik verbunden (Deutschland, Österreich, Finnland, später auch Spanien). Zwei Gruppen von Staaten demokratisierten sich: eine Gruppe hatte einen hohen Grad an Rechtsstaatlichkeit verwirklicht, gelegentlich sogar das allgemeine Wahlrecht (Deutschland 1871). Aber die parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung konnte in diesen Systemen mit einem hochentwickelten Parlamentarismus erst spät durchgesetzt werden (Deutschland, Österreich 1918, Schweden 1917). Eine zweite Gruppe von Ländern war das Produkt des Zerfalls der multinationalen Großreiche (Rußland, Osmanisches Reich, Österreich-Ungarn). In Mittel- und Osteuropa entstanden aufgrund der Pariser Vorortverträge zahlreiche neue Staaten. Alle experimentierten mit demokratischen Verfassungen. Alle aber, außer der Tschechoslowakei, erlebten einen Rückfall in autoritäre Herrschaft. 1945 schienen diese Länder eine zweite Chance der Demokratisierung zu bekommen – mit Ausnahme der Baltischen Staaten. Die Synthese von Sozialismus und Demokratie, welche die Kommunisten anboten, erwies sich jedoch als trügerisch. Die meisten osteuropäischen Länder wurden auf den Weg von einer rechten in die linke Diktatur gezwungen, mit kurzen Intermezzi einer manipulierten Demokratie zwischen 1944 und 1948.

(2) Die *zweite Welle* der Demokratisierung nach 1945 war eigentlich eher ein zweiter Anlauf im Prozeß der Demokratisierung. Mit dem Sieg über die faschistischen Mächte wurde eine Wiedereinführung der Demokratie möglich. Die Besiegten, Deutschland und Japan, demokratisierten sich unter starken Auflagen der Siegermächte. In beiden Fällen konnten sich jedoch vielfach eigene Konzeptionen gegen amerikanische Intentionen durchsetzen: in Japan hinsichtlich der monarchischen Staatsform, in Deutschland hinsichtlich des föderalen Systems. Der Erfolg der Demokratisierung hing in beiden Fällen weniger von den Eingriffen der Alliierten ab als von der Akzeptanz der demokratischen Spielregeln durch die Besiegten (vgl. von Beyme 1986). Die Länder der »Gast-sieger« (Frankreich, Italien) blieben von alliierter Einmischung verschont. Sie haben jeweils ganz neue demokratische Systeme geschaffen. Der französische Verfassungskompromiß hielt jedoch

nur ein Jahrzehnt. Österreich – mit einem Mittelstatus zwischen Besiegtem und Befreitem – zog es vor, die Kontinuität der demokratischen Verfassung der ersten Republik zu betonen.

(3) Die *dritte Welle* der Demokratisierung in Südeuropa und in Lateinamerika war nicht so stark wie die beiden ersten Wellen von kriegesischen Ereignissen ausgelöst worden. Immerhin hatte eine *debellatio*, wie ein fehlgeschlagenes Abenteuer der griechischen Obristen und der argentinischen Generäle im Falklandkrieg oder der verlorene Kolonialkrieg Portugals, Auslöserfunktionen im Demokratisierungsprozeß. Überwiegend ging die Demokratisierung jedoch von der innenpolitischen Dynamik politischer Kräfte aus.

Die gängigen Theorien des Systemwechsels sind überwiegend anhand der Beispiele dieser dritten Demokratisierungswelle entwickelt worden. Einem modernisierungstheoretischen Ansatz kam es gelegen, daß die Fälle der dritten Welle relativ frei von außenpolitischen Ereignissen abliefen, so daß der außenpolitische Faktor allenfalls als intervenierende Variable in die Theoriebildung einging. Die meisten Fälle zeigten, wie ein schrittweiser *Systemwandel* in eine neue Qualität, den *Systemwechsel*, umschlug, der sich in Ablaufmodellen darstellen ließ. Die meisten Phasenmodelle auf dem Theorienmarkt tragen die Merkmale dieser dritten Welle von Systemwechseln.

(4) Die *vierte Welle* der Demokratisierung in Osteuropa wurde wiederum von einem säkularen Ereignis ausgelöst: dem Niedergang der Blockvormacht Sowjetunion. Die Vielfalt der Modelle des Systemwechsels war nicht geringer als in der dritten Demokratisierungswelle. In mancher Hinsicht waren die Ergebnisse des Prozesses jedoch einheitlicher. Das zusammengebrochene sozialistische System hatte in allen Ländern ähnliche Züge besessen und hatte funktional äquivalente Folgen in Wirtschaft und Gesellschaft der betroffenen Länder hinterlassen.

Die vierte Welle der Demokratisierung war mit neuen Problemen der Theoriebildung konfrontiert:

– Das alte Regime ist auch in der nichtmarxistischen Literatur – mit Ausnahme einiger Totalitarismustheoretiker – *nicht auf die gleiche Stufe wie die faschistischen Systeme* gestellt worden. Auch wo die Beurteilung des Sozialismus negativ ausfiel, hielt man ihn für überlebensfähig und koexistenzwürdig – sehr im Gegensatz zu den faschistischen Systemen der Vergangenheit.

- Mit dem Untergang des Sozialismus verschwand nicht nur ein Herrschaftssystem. Auch seine *Rechtfertigungsideologie*, der Marxismus-Leninismus, wurde in Mitleidenschaft gezogen. Das hinderte einige Ideologen nicht daran, die Parole auszugeben: da capo, nun erst recht, und unbelastet von realen Sozialismen! (Kuczynski 1992). Wurden solche Positionen als illusionär angesehen, so gab es gleichwohl eine ernstzunehmende Debatte darüber, welche Elemente der Ideologie als Theorieangebot noch diskussionsfähig blieben. Faschistische Systeme hatten meist keine Theorie, und was sie dafür hielten, war mit ihrem Untergang in toto aus der Diskussion verschwunden.
- Der Sozialismus besaß einige *prämoderne Züge*. Aber sie waren mit modernisierenden Elementen vermischt, die die Gesellschaften in einer *ersten Modernisierungswelle* schon tiefgreifend verändert hatten. Die zweite nachholende Modernisierung war – im Gegensatz zu früheren Demokratisierungsprozessen – sektoral beschränkt.
- Zugleich war die vierte Welle der Demokratisierung durch ein unvergleichbares Problem belastet: *politische und wirtschaftliche Transformation mußten synchronisiert werden*, was bisher kein Land der Welt hat leisten müssen. Die historischen Erfahrungen mit dem ersten (sozialistischen) Modernisierungsprozeß hatten tiefe Nachwirkungen im Systemwechsel von 1989. Ansätze, die in der dritten Demokratisierungswelle entwickelt worden waren (Kap. 2 i) erwiesen sich nur als begrenzt anwendungsfähig (Kap. 2 f, 6 a). Neue Transformationstheorien hatten, sowenig wie die sozialistischen Umgestaltungstheorien der Vergangenheit, eine operationalisierte Wirtschaftstheorie zur Hand (Kap. 6 b)).
- Die vierte Transformationswelle *wich stark von den herkömmlichen Modellen der Revolution ab*, die von Crane Brintons »Anatomie der Revolution« (1938) geprägt waren. Es gab 1989 keine gut organisierten Gegeneliten (Kap. 5), keine Parteien im Untergrund, die für die Übernahme der Regierungsverantwortung von Bedeutung gewesen wären (Kap. 8), keine kohärente Gegenideologie (Kap. 3). Daher konnte eine unheilige Allianz aus alten Nomenklatureliten und neuen professionalisierten Eliten die intellektuellen Gegeneliten rasch um die Früchte ihres unerwarteten Sieges bringen (Kap. 5).

- Die Rebellion von 1989 hatte im Gegensatz zu den früheren Systemwechseln eine *dreifache Stoßrichtung*:
  - (1) gegen die Diktatur,
  - (2) gegen ein ineffizientes Wirtschaftssystem,
  - (3) gegen die Dominanz einer hegemonialen Macht (RGW-Staaten). Sie verband sich zuweilen mit einer Gegenbewegung gegen das führende Staatsvolk (Russen, Serben oder Tschechen). Nur 1918, beim Untergang der multiethnischen Reiche, hat dieser dritte Faktor eine vergleichbare Rolle im Transformationsprozeß gespielt. Der Nationalismus konnte daher leicht in das Vakuum stoßen, das der Zerfall alter Staatlichkeit hinterlassen hatte (Kap. 4).
- Der Sozialismus hat ein formales Schema von *Institutionen* hinterlassen, das durch die zentralisierenden Säulen der Partei, der Staatssicherheit und der Planbürokratie auf dem Papier geblieben war. Gleichwohl zeigte sich die Tendenz, das *alte Institutionensystem zu effektuieren*, aber nicht völlig umzubauen (Kap. 7). Wo wenig Anknüpfungspunkte bei den alten Institutionen gegeben waren, wie bei Interessengruppen und Wirtschaftsorganisationen, blieben die Defizite der Institutionenbildung lange am größten.
- Die neue Ordnung wurde von sehr ambivalenten Haltungen der Bürger begleitet. Kein neues Regime kann über Nacht die ihm gemäße *politische Kultur* entwickeln. Diese entsteht durch jahrzehntelange Lernprozesse. Aber selten waren bei einem Systemwechsel (mit Ausnahme des ersten von 1918) noch so viele Relikte an Überzeugungen des alten Regimes im Volk verankert. Nie zuvor war ein komplettes Gesellschaftssystem zusammengebrochen und hatte in diesem Ausmaß soziale Desorientierung hinterlassen: persönliche Beziehungen (bis zur Entlarvung der besten Freunde als frühere Spitzel), Identitätsgefühle im Betrieb, dem man bei geringer horizontaler Mobilität im Sozialismus vielfach lebenslang angehörte, das Gleichgewicht in der Familie (Niedergang der Frauenarbeit, Massenarbeitslosigkeit bei Männern) gingen verloren. Die Folgen für den Aufbau einer demokratischen politischen Kultur sind unabsehbar (Kap. 9).  
Trotz all dieser einmaligen Belastungen erscheinen die Aussichten auf Erfolg in der vierten Demokratisierungswelle nicht ganz so düster wie jene der ersten Transformationswelle nach dem

Ersten Weltkrieg. Das politische Weltsystem hat damals gründlich versagt (Polanyi 1977). Das internationale System nach dem Ost-West-Konflikt hingegen knüpft an die Elemente der Solidarität an, die in der zweiten und dritten Demokratisierungswelle entwickelt worden sind (Kap. 10).



## 1. 1989: Ein säkulares Ereignis und seine Folgen für das Selbstverständnis der Sozialwissenschaften

- a) Vergangene Prognosen und rückwärtsgewandte Prophetien: welche Theorie hat schon immer gewußt, daß der Sozialismus dem Untergang geweiht ist?

Nicht nur Ideologen sind vom Zusammenbruch des realen Sozialismus betroffen. Auch die Wissenschaftler, die professionell in der Osteuropaforschung engagiert sind, wurden von diesem Ereignis in Mitleidenschaft gezogen – und zwar nicht nur in dem Sinn der Statusängste, die die Novemberrevolution bei westeuropäischen Osteuropaforschern ausgelöst hat. Ein Osteuropa-Politologe witzelte, er müsse jetzt in der Historischen Fakultät um Asyl nachsuchen. Auch wenn solche *Worst-Case-Szenarios* verfrüht sind, können Einbußen der Osteuropaforschung nicht ausgeschlossen werden. Im Vergleich zu anderen *Area Studies* ist die Osteuropaforschung privilegiert. Wenn Osteuropa eine demokratische Region unter anderen werden sollte, wird sie wichtig genug bleiben. Aber Umschichtungen staatlicher Alimentationsinteressen sind dann nicht auszuschließen. Mehr Wirtschaftsforschung, weniger Rechts- und Politikforschung könnte dann zur öffentlichen Förderungsdevise werden.

Das wissenschaftliche Interesse an Osteuropa um seiner selbst willen ist unabhängig von Statusbedrohungen einer Disziplin in die Krise geraten. Stimmt das Bild der Zunft über Osteuropa nicht? Hat die wissenschaftliche Forschung die Stabilität und Wandlungsfähigkeit des realen Sozialismus überschätzt? Wer solche Zukunftsfragen, denen der Historiker zum Glück leicht aus dem Weg gehen kann, schon früher gestellt hat, hatte weit größere Chancen, sich zu irren. Die Stagnation der Ära Breschnew – von den Perestroika-Ideologen aus durchsichtigem Interesse vielfach übertrieben – lud nicht eben zu einer hohen Einschätzung der Wandlungsfähigkeit des Systems ein. Wer aber, wie der Autor dieser Zeilen (von Beyme 1975: 342 ff.), unter dem Eindruck der Reformen Chruschtschows und am Anfang der Ära Breschnew Urteile abgab, kam vielfach zu übertriebener Einschätzung der ideologischen Erneuerungsfähigkeit des Systems.

Woran lag dieser Mangel an Prognosefähigkeit der Sozialwissenschaften? Die einfachste Antwort lautet: Sozialwissenschaften können Makroprozesse niemals prognostizieren. Naturwissenschaftler sagen das Wetter der nächsten Woche häufig zutreffend voraus. Das Wetter im nächsten Sommer ist ihrer Vorausschau entzogen. Warum sollten die weniger exakten Sozialwissenschaften Ansprüche erheben, die jeder vernünftige Naturwissenschaftler nicht stellt?

Aber bei der Beurteilung der Lebensfähigkeit des Sozialismus ging es nur selten um Prognosen. Die Fähigkeit der Selbsterhaltung des Systems wurde mit unterschiedlichen Gründen mehr suggeriert als belegt. Legitimationsstudien über die sozialistischen Länder tauchten nicht zufällig erst Ende der 70er Jahre auf, als der Sozialismus in die Krise geriet.

Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus glaubten einige Vertreter von Theorieansätzen, es »schon immer gewußt« zu haben – insbesondere Theoretiker des Totalitarismus. Aber auch sie haben sich geirrt. Viele am Status quo orientierte Sozialwissenschaftler haben sich ebenfalls geirrt, vor allem in bezug auf die Regenerationsfähigkeit des Systems. Die Antwort scheint ex post facto einfach: nicht wenige Forscher sind der Selbstdarstellung der Systeme aufgesessen. Zweifellos hat es geistige Fellowtraveller und Apologeten des realen Sozialismus im Westen gegeben. Aber deren Irrtümer sind relativ uninteressant. Wichtiger ist es, die Gründe für Fehleinschätzungen im positivistischen Mainstream zu erforschen.

Die Wissenschaftssoziologie und Wissenschaftstheorie können befriedigendere Antworten auf die Frage nach der Irrtumsfähigkeit bereitstellen. Vorwürfe gegen die ideologische Voreingenommenheit vergangener Prognostiker bleiben unspezifisch. Es gab unterschiedliche Voreingenommenheiten. Fëdor Burlackij, in den 80er Jahren – neben dem späteren Gorbatschow-Berater Georgij Šachnazarov – einer der Pioniere der Öffnung zu den westlichen Sozialwissenschaften – berichtete einmal von seinem ersten Amerikaufenthalt. Er war entsetzt, nur Wissenschaftler mit einer tiefen Abneigung gegen das Sowjetsystem getroffen zu haben, und schloß mit dem Ausruf: »Wie kann man sein ganzes Leben über ein System forschen, das man haßt?« Nach seinen Gesprächspartnern gefragt, kam ein einheitlicher Typ zum Vorschein: jüdische Gelehrte, aus Rußland oder Polen emigriert. Sie kumulierten ein

dreifaches Bias, das aus dem Verlust des Heimatlandes, dem Trauma antijüdischer Verfolgung und der besonders starken Internalisierung eines amerikanischen Credo resultierte. Der Hinweis tröstete ihn nicht, daß es auch ganz neutrale Positivisten von Rang in der amerikanischen Osteuropaforschung gebe. Nicht nur der Haß von Emigranten gegen das System hat den Blick gelegentlich getrübt. Er führte, im Verbund mit Totalitarismustheorien, zu einer Überschätzung der Dauerhaftigkeit von Regimen auf der Grundlage von Zwang. Seine Prognosen gingen nicht weniger in die Irre als die heimliche Liebe der Konvergenztheoretiker, die unverdrossen an die Lern- und Mischungsfähigkeit des Kommunismus glaubten oder auch nur technokratisch dem Selbstlauf eines technologischen Anpassungszwanges vertrauten. Aber auch Positivisten *sine ira et studio* hatten außerwissenschaftliche Motivationen. Manchmal mochten sie ganz einfach das Land, weil sie nicht ihr Leben lang einen Gegenstand erforschen wollten, den sie haßten. Die Vorstellung einer völlig rationalen und wertfreien Wissenschaft, die aus den Selbstanklagen der Sozialwissenschaften über ihre mangelnde Prognosefähigkeit sprechen, gehen von einem veralteten Bild der Wissenschaft aus. Das Bild ist geprägt vom Baconschen Optimismus: Wissenschaft setzt sich gegen Ideologie und Aberglauben in einem kontinuierlichen Prozeß der Aufklärung durch und findet Wahrheit und Nützlichkeit für die Gesellschaft zugleich. Poppers Vorstellung eines kritischen Rationalismus, der mit »trial and error« inkremental der Wahrheit näher kommt, war die letzte imposante Ausprägung dieses rationalistischen Optimismus. Thomas Kuhns Paradigmawandeltheorie hat dieses Bild auf die langweiligen Zeiten von »normal science«, ohne große Innovationen, relativiert. Spätere Wissenschaftstheoretiker, wie die Ethnomethodologen, haben wissenschaftliche Ergebnisse als Konstrukte angesehen, die wenig systematisch und stark kontingent geschaffen werden. Finalisten haben die Wissenschaft im Reifestadium immer stärker an gesellschaftlichen Imperativen orientiert gesehen. Ziele und Interessen und nicht rationale innere Logik wurden als Grundlage des wissenschaftlichen Forschungsprozesses angesehen.

Der Streit der wissenschaftstheoretischen Schulen kann hier nicht entschieden werden (vgl. Wagner/Wittrock 1993). Aber fast alle relevanten Ansätze der Wissenschaft über Wissenschaft gehen von sozialen Bedingungen der Diskurs-Strukturierung aus (Wagner

u. a. 1991: 77). In verschiedenen Stadien vollzog sich die Interaktion zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Das höchste Stadium der Fixierung auf einen interventionistischen Wohlfahrtsstaat wurde für die 60er und 70er Jahre angesetzt. In dieser Zeit entwickelte sich ganz generell eine Euphorie wissenschaftlicher Politikberatung, Policy-Analyse und Planungsbesessenheit.

Diese Phase war es auch, in der viele Wissenschaftler, die keine ideologisch begründete Sympathie für den realen Sozialismus hatten, gleichwohl von gewissen Grundideen fasziniert waren, so beispielsweise von der Möglichkeit der Planung »aller Produktions- und Reproduktionsbedingungen«, wie das auch bei Nichtmarxisten genannt wurde (z. B. F. Naschold). Nicht ideologische Rechtfertigung, sondern das Interesse an funktional äquivalenten Steuerungsmöglichkeiten unter freiheitlichen Bedingungen motivierte das Interesse an den kommunistischen Systemen.

Auch Forscher, die von der ideologischen Innovationsfähigkeit des realen Sozialismus wenig hielten, vertraten das Paradigma eines linkssozialdemokratischen Konsenses über die Notwendigkeit einer »aktiven Gesellschaft« (A. Etzioni). Die klassische Moderne hatte den vormodernen Hang zu eschatologischen Evolutionstheorien überwunden (vgl. von Beyme 1992: 58 ff.). Aber Relikte eines zielgerichteten historischen Prozeßdenkens blieben erhalten, und zwar keineswegs nur bei den Marxisten. Die Modernisierungstheoretiker ähnelten ihnen in manchen Annahmen und in ihrem Hang zur Stadienbildung à la Rostow. Die gesellschaftliche Dynamik wurde nach modischen Begriffen verdinglicht. Man vergaß, daß Akteure die Geschichte in eine bestimmte Richtung drängen können, obwohl die meisten Modernisierungstheoretiker von der Machbarkeit der gesellschaftlichen Welt fasziniert waren. Die alte Einsicht von Ludwig von Mises (1922: 498) wurde so vergessen: »Die Welt nähert sich dem Sozialismus, weil die große Mehrzahl es will; sie will es, weil sie den Sozialismus für eine höheren Wohlstand verbürgende Gesellschaftsordnung hält.« Vollends verdrängt wurde die Prognose bei Mises: »Tritt in dieser Auffassung ein Wandel ein, dann ist es um den Sozialismus geschehen.«

Gerade dies wurde für unwahrscheinlich gehalten. Immobilität wurde für Stabilität gehalten. Eine an Schumpeter orientierte Theorie hat die alloкатive Effizienz der Marktwirtschaft niedrig

eingeschätzt. Sie erwies sich aber – entgegen der Annahme Schumpeters – auch im Sozialismus aufgrund unrealistischer politischer Zielsetzungen als unterentwickelt. Größtes Manko des Sozialismus war für Schumpeter seine Unfähigkeit zur Innovation.

Innovationen waren in einem Kommandosystem, in dem man schnell degradiert oder gar der Sabotage verdächtigt werden konnte, wenn ein Projekt scheiterte, existenzbedrohend für die Wirtschaftseliten. Staatswirtschaften mieden daher solche Risiken. Immobilität in der Wirtschaft hätte allenfalls durch politischen Pluralismus überwunden werden können, wenn Manager sich für ihre Risikobereitschaft auf unterschiedliche politische Kräfte hätten stützen können. Aber gerade an dem Punkt der politischen Öffnung war das System noch starrer als im Bereich der wirtschaftlichen Experimentierbereitschaft.

Ex post facto läßt sich in rückwärtsgerichteter Prophetie die These halten, daß das System untergehen mußte. Nicht wenige kehrten sogar zur Vermutung der Liberalen wie Mises (1922: 498) und Hayek in den 20er Jahren zurück, daß der Sozialismus als Wirtschaftssystem nicht funktionieren konnte. Man kam mit dieser Wiederanknüpfung – ebenso wie mit der gemäßigeren Variante, daß der Sozialismus recht und schlecht funktionieren konnte, aber notwendigerweise mangels Innovation immer stärker im Systemwettbewerb zurückfallen mußte – jedoch in den Zwang, begründen zu müssen, warum der Sozialismus vorübergehend gute Wachstumschancen entwickelte. Nach dem Zusammenbruch werden die Daten – vor allem in Rußland – nachträglich nach unten korrigiert. Aber selbst die bereinigten Zahlen zeigten für die 50er und 60er Jahre ein Wachstum, das vielen westlichen Ländern nicht nachstand. Wie war das zu erklären? Mancur Olson (1992) hat in Anpassung der Sowjetunion an seine These vom »Decline of Nations« eine überraschend einfache Lösung des Dilemmas gefunden: sozialistische Diktatoren, wie Stalin und Chruschtschow, wurden als »Besitzer der Sowjetunion« deklariert. Sie entwickelten jenes »umfassende Interesse« (encompassing interest), das als funktionales Äquivalent eines risikobereiten Unternehmertums Wachstum begünstigte. Mit Abnahme der Steuerungsfähigkeit der Zentrale im Spätsozialismus bildeten bürokratische Cliques spezielle Interessen heraus, für die sie einen innersozialistischen Lobbyismus entwickelten, der als Äqui-